

Antrag Bündnis 90/die Grünen,

Betreff: Resolution gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung und Abwasserversorgung durch die Europäische Union.

Die Europäische Union hat die Absicht per Gesetz die Wasserversorgung und Abwasserwirtschaft innerhalb der EU an die private Wirtschaft zu übergeben. Dieses muss verhindert werden. In Portugal ist die Trinkwasser und Grundwasserversorgung schon privatisiert. Durch die dortige Privatisierung erreichten die Endverbraucherpreise einen Anstieg von bis zu 400 %. Zu erklären ist dieses durch den einfachen Grundsatz der Gewinnoptimierung der Wirtschaft. Wirtschaften bedeutet Haushalten. Haushalten bedeutet seine Ausgaben so gering wie möglich zu halten. Wirtschaften in der freien Marktwirtschaft bedeutet Gewinn schöpfen. Durch eine Privatisierung würde das Gleichgewicht aus dem Ruder geraten. Eine Privatisierung der Wasserversorgung und der sanitären Grundversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben und für alle Menschen bezahlbar bleiben. Wir leben in einer Zeit in der sichtlich eine klaffende Lücke zwischen den Schichten existiert. Trinkwasser gehört zu den Existenzbedürfnissen der Menschheit. Existenzbedürfnisse sollten auf einfachste Art zu befriedigen sein und bleiben.

Auf kommunaler Ebene besteht minimaler Einfluss auf die Landesregierung sowie insbesondere die Bundesregierung.

Zwar beteuert Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel das sie gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung hierzu Lande ist, widersprüchlicher Weise unterstützt sie Brüssel bei dem Bestreben die Privatisierung durchzusetzen.

Die Gemeinde Friedeburg kann als Beispiel vorangehen in dem diese Resolution von allen Parteien im Gemeinderat befürwortet wird. Kommunale Politik ist Basisarbeit. Wir wollen und können eine Private Trinkwasser- und Abwasserwirtschaft nicht akzeptieren und wollen erreichen, dass die Niedersächsische Landesregierung Einfluss auf die Bundesregierung ausübt um das Vorhaben der Europäischen Union zu stoppen.

Horst Hattensaur

Kirsten Getrost

Bündnis 90 / die Grünen, Friedeburg

Friedeburg, den 04.04.2013



Resolution gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung und Abwasserwirtschaft

Wasser ist Menschenrecht.

Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand.

Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen. Eine funktionierende Wasser und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentliche Hand ist das auch dauerhaft möglich.

Die Gemeinde Friedeburg spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser und Abwasserwirtschaft darf nicht unter den Zuständigkeitsbereich der Binnenmarktregelung fallen.

Wir fordern die Europäische Union stattdessen auf Rechtsvorschriften zu erlassen die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft geht vor Marktinteressen.

Wir fordern die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen in Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.